

Sorge um zweisprachiges Biel

Veränderungen in der Medienlandschaft werfen ihre Schatten voraus.

Das Forum für Zweisprachigkeit ist besorgt über die jüngsten Veränderungen in der Bieler Medienlandschaft. Der Schwerpunkt der französischsprachigen Medien werde zunehmend aus Biel verlagert und die Gefahr einer Entkopplung zwischen dem französisch- und dem deutschsprachigen Medienraum nehme zu.

«Es gibt Grund zur Sorge, denn die Lage hat sich in den letzten fünf Jahren grundlegend verändert», sagt Virginie Borel, Leiterin des Bieler Forums für Zweisprachigkeit, auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Sie befürchtet, dass die Entwicklung der Medienlandschaft nicht nur die französischsprachigen Medien schwächt, sondern auch die regionale Zweisprachigkeit.

Die erwähnte Veränderung bezieht sich insbesondere darauf, dass Akteure aus dem Jura und aus Neuenburg vermehrt auf dem Markt Fuss gefasst haben: Im Jahr 2025 verkaufte die Bieler Gassmann-Gruppe ihre Beteiligung am «Journal du Jura» an die Jura Media SA.

Auch die Beteiligung am Radio Jura bernois (RJB) gab Gassmann an das jurassische Medienunternehmen ab. Zuvor hatte das französischsprachige Programm des Bieler Regionalradios Canal 3 mit dem RJB fusioniert.

Eine grosse Veränderung steht zudem noch bevor: Der regionale Fernsehsender Canal B, der sich im Besitz der Neuenburger Produktionsfirma Mystik SA befindet, wird ab dem 1. Juli in der Region Biel, im Seeland und im Berner Jura senden. Er bietet zwei Kanäle an, einen auf Französisch und einen auf Deutsch.

Der bestehende Regionalsender Telebielingue hingegen, der seine Konzession verloren



Mitarbeitende des Regionalsenders Telebielingue demonstrierten am 6. Mai zusammen vor dem Bieler Medienhaus (Communication Center) für einen Sozialplan. Bild: Keystone

hat, sendet derzeit ein zweisprachiges Programm. Der Sender will den Sendebetrieb fortsetzen, allerdings in einem anderen Format mit weniger Personal – ein Projekt namens Telebielingue 2.0.

Keine Medien, die «DNA dieser Region» kennen

Für das Forum für Zweisprachigkeit lassen sich diese Verlagerungen durch wirtschaftliche Zwänge erklären. Gleichzeitig würden sie aber «wichtige Fragen hinsichtlich der lokalen Verankerung der Medien, der Qualität der regionalen demokratischen Debatte und des

sprachlichen Gleichgewichts» aufwerfen. «Damit gibt es keinen Medieninhaber mehr, der die DNA dieser Region kennt», sagt Virginie Borel. Sie bedauere diese «Entfremdung» von Biel, dem Zentrum des Seelands und der Region Grand Chasseral. Darüber hinaus sieht das Forum die gelebte Zweisprachigkeit auf dem Spiel. «Wir sollten alarmiert sein.»

Das Forum für Zweisprachigkeit fordert entsprechend, «eine starke Verankerung der regionalen Medien in Biel zu bewahren und ein qualitativ hochwertiges französischsprachiges Angebot vor Ort zu ge-

währleisten». Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen Medien beider Sprachen gefördert werden.

Eine zentrale Rolle spielten dabei auch die Öffentlichkeit und die politischen Vertretungen, ebenso wie die für Zweisprachigkeit und regionalen Zusammenhalt zuständigen Stellen. Nach Ansicht des Forums kommt aber auch den Wirtschaftsakteuren eine entscheidende Rolle zu.

Diese Einschätzung zur Lage der französischsprachigen Medien teilt auch der Conseil des affaires francophones des Verwaltungsbezirks Biel (CAF).

In seinem Tätigkeitsbericht 2025 vertritt er die Ansicht, dass der besagte Verkauf eine beispiellose Entfremdung zwischen dem «Bieler Tagblatt» und dem «Journal du Jura» bedeute; den beiden Tageszeitungen, die auf Französisch und Deutsch über das Geschehen in der Region Biel berichten.

Die CAF plädiert deshalb für den Erhalt einer fest in der Region verankerten französischsprachigen Presse. Dies erachtet er als grundlegend für die Information und Repräsentation der französischsprachigen Einwohnerinnen und Einwohner von Biel und der Region. (sda)

Mehr Beratungen verzeichnet

Sozialdienst Die Ökumenische Beratungsstelle hat eine neue Stellenleitung. Zudem wurde ein Anstieg der Konsultationen verzeichnet.

Die Ökumenische Beratungsstelle für Ehe-, Partnerschafts- und Familienfragen Seeland-Biel hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Nachdem der Präsident aus gesundheitlichen Gründen nach rund zwei Jahren zurücktreten musste, hat die neu gewählte Leiterin die Stelle verlassen. «Wir suchen dringend jemanden, der das Präsidium übernehmen könnte», sagte Vizepräsidentin Theres Meichtry an der Abgeordnetenversammlung im Calvin-Haus. Zurzeit würden Bewerbungsgespräche für die vakant gewordene Stelle einer Beraterin/eines Beraters geführt. Zur neuen Stellenleiterin hat der Verbandsrat auf den 1. Juni 2026 die bereits amtierende Beraterin Brigitte Horvath gewählt. Sie ist ausgebildete Theologin, Sozialarbeiterin und Paartherapeutin.

Im vergangenen Jahr wurde ein leichter Anstieg der Beratungen registriert, insgesamt fanden 1334 Konsultationsstunden statt. «Die meisten Beratungen betreffen Paarthemen», führte Brigitte Horvath vor den 15 Abgeordneten aus. Frauen würden die Beratungsstelle häufiger aufsuchen als Männer.

Kirchenaustritte belasten zunehmend

Die Jahresrechnung 2025 schliesst mit einem Gewinn von 6820 Franken. Das Budget 2027 sieht einen Ausgabenüberschuss von 15'700 Franken vor. Wie die Sekretärin und Kassierin Roswitha Schumacher erklärte, würden aus den 33 Kirchgemeinden zunehmend weniger Beiträge kommen, da immer mehr Menschen aus der Kirche austreten. Im Anschluss an die Versammlung hielten die Beraterinnen Brigitte Horvath und Sibylle Tritten einen Vortrag zum Thema «Wie geht systemische Beratung?». (sst)

Entlastung Burgdorf in Sicht

Neuhaus verkündet Einigung mit Einsprechern.

Der Weg für die grosse Verkehrssanierung im unteren Emmental ist frei. Nach dem Rückzug der letzten zwei Beschwerden vor dem Berner Verwaltungsgericht kann das Projekt «Emmentalwärts» nun realisiert werden.

Regierungspräsident Christoph Neuhaus (SVP) einigte sich mit den verbliebenen Beschwerdeführern auf einen Rückzug ihrer Beschwerden. Es handelt sich um zwei Unternehmen, wie er vor den Medien sagte. Nähere Angaben machte er nicht. Über den genauen Inhalt der getroffenen Vereinbarungen sei Stillschweigen vereinbart worden.

Der ursprüngliche Strassenplan vom Januar 2022 wird damit in Kürze rechtskräftig. Die eigentlichen Bauarbeiten sollen nach einer dreijährigen bis vierjährigen Phase für Detailprojektierung, Ausschreibungen und

Landerwerb voraussichtlich im Jahr 2029 beginnen. Sie dürften rund zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Die Stimmberechtigten des Kantons Bern hatten den Baukredit von 314 Millionen Franken im März 2023 in einer Referendumsabstimmung gutgeheissen. Das Projekt umfasst ein Paket von 19 Massnahmen und soll die Verkehrsbelastung in Burgdorf, Oberburg und Hasle bei Burgdorf reduzieren.

Täglich durchqueren rund 19'000 Fahrzeuge die betroffenen Ortschaften, wie Neuhaus vor den Medien in Erinnerung rief. Das führe regelmässig zu Staus, unpünktlichen Bussen und Sicherheitsrisiken.

Oberburg erhält eine 1500 Meter lange Umfahrung mit einem 1100 Meter langen Tunnel. In Hasle bei Burgdorf wird eine Umfahrung westlich des Bahnhofs entlang des Bahn-

damms gebaut. In Burgdorf ersetzen zwei neue Bahnunterführungen die Niveauübergänge Buchmatt und Spital.

«Endlich kann das Projekt realisiert werden», freute sich Neuhaus. «Die Verkehrssanierung ist umweltverträglich und wird von einem überwiegenden Teil der Bevölkerung des Emmentals herbeigesehnt.»

Aarwangen weiter blockiert

Weiterhin blockiert ist das Projekt im Oberaargau, das auch im März 2023 vom Volk gutgeheissen wurde. Der stark befahrene Ortskern von Aarwangen soll mit einer Umfahrungsstrasse vom Durchgangsverkehr entlastet werden. WWF und Pro Natura führen Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht, weil die geplante Umfahrung bedrohte Tierarten gefährde und wertvolles Kulturland in Mitleidenschaft ziehe. (sda)

Regierungsrat gegen Abschaffung der Polizeistunde

Berner Regierung lehnt eine überparteiliche Motion ab.

Der Berner Regierungsrat will die Polizeistunde nicht abschaffen. Er lehnt eine überparteiliche Motion ab, welche die generellen Öffnungszeiten für das Gastgewerbe kippen will.

Ratsmitglieder aus fast allen Fraktionen haben den Vorstoss unterzeichnet; nur die EVP fehlt. Beizen und Klubs sollen gemäss der Motion künftig selbst entscheiden dürfen, wie lange sie nachts geöffnet bleiben.

Die heutige Regelung – wonach Betriebe um 00.30 Uhr schliessen müssen und nicht vor 05.00 Uhr geöffnet werden dürfen – sei nicht mehr zeitgemäss, argumentieren Claude Grosjean (GLP/Bern) und die weiteren Motionäre.

Sie verursache den Gastbetrieben, den Gemeinden

und den Statthalterämtern massiven administrativen Aufwand, aber auch unnötige Kosten durch das Ausstellen von Überzeitbewilligungen. Diese Gebühren würden am Ende oft Privaten aufgebürdet, beispielsweise bei Hochzeitsfeiern.

Schon heute 24 Verlängerungen möglich

Die Motionäre fordern einen Systemwechsel: Grundsätzlich freie Öffnungszeiten, wobei der Arbeitnehmerschutz gewahrt bleiben müsse und Einschränkungen wie Sicherheitsdienste oder Schallschutz nur noch im konkreten Einzelfall bei Konflikten mit der Nachbarschaft verfügt werde.

Der Regierungsrat will davon nichts wissen, wie er in sei-

ner letzte Woche veröffentlichten Antwort deutlich macht. Schon heute könne jeder Betrieb unkompliziert und ohne Begründung bis zu 24-mal pro Jahr die Öffnungszeiten bis 03.30 Uhr verlängern. Zudem laufe derzeit die Digitalisierung dieser Bewilligungen, was den administrativen Aufwand für die Wirte auf ein Minimum reduziere.

Werde die Polizeistunde abgeschafft, drohe eine Flut von aufwendigen Verwaltungsverfahren und Rechtsunsicherheit im Streitfall. Die bewährte Balance zwischen den Interessen des Nachtlebens und dem Ruhebedürfnis der Anwohnenden wiege schwerer als eine theoretische Bürokratie-Reduktion, hält die Regierung fest. (sda)